



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

18. Sitzung vom 24. September 2018

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.30 Uhr

Leitung: Thomas Hafner (Präsident)

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Stephan Appenzeller, Beatrice Büschlen, Stephan Meyer

Verspätet: Susanne Tribolet (ab 19.55 Uhr), Marc Schinzel (ab 20.40 Uhr)

Präsident:

Thomas Hafner

Protokoll:

Linda Weick

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP heisst alle Anwesenden herzlich willkommen. Der Gruss richtet sich an alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, den Gemeindepräsidenten, die Mitglieder des Gemeinderats, den Verwaltungsleiter und weitere Vertreter der Verwaltung, die Pressevertreter und das anwesende Publikum. Entschuldigt sind Stephan Appenzeller, SP, Beatrice Büschlen, Grüne, und Stephan Meyer, FDP. Susanne Tribolet, SP, und Marc Schinzel, FDP, werden etwas verspätet eintreffen. Momentan sind 35 Einwohnerratsmitglieder anwesend. Einfaches Mehr: 18; Zweidrittel-Mehr: 24.

Der Präsident informiert, dass es im ersten Absatz des versandten Berichts zu Traktandum 5 «Motion R. Büchelin: Südanflüge, Gesch. Nr. 90» einen kleinen Fehler gibt. Es wird erwähnt, dass bei den Südanflügen ein Anteil von unter 10 Prozent erreicht werden soll. Es sollte aber unter 8 Prozent heissen. Das korrigierte Geschäft wurde allen Ratsmitgliedern per E-Mail zugestellt. Die öffentlich aufliegenden Unterlagen wurden ebenfalls korrigiert. Zudem ist heute zum ersten Mal die neue Mikrophon-Anlage im Einsatz. Die Bedienung bleibt für die Anwender gleich. Das Mikrophon wird mit dem mittleren Knopf ein- und ausgeschaltet und die Distanz des Sprechenden zum Mikrophon sollte ca. 20 – 30 cm betragen.

Im Rahmen der Mitteilungen möchte der Votant kurz auf das Dorffest zurückblicken. Er weiss nicht wie es den Anwesenden ergangen ist, aber er fand das vergangene Dorffest bei strahlend schönem Wetter einen Hit. An allen drei Tagen hatte es viele Besucher, Jung und Alt gut gemischt, tolle Beizen und attraktive Stände der Binnerger Geschäfte und Vereine. Eine tolle Attraktion jagte die nächste. Kurzum: Es war super! Binningen hat wirklich pulsiert wie schon lange nicht mehr. Der Präsident möchte dem OK-Präsidenten Daniel Nyffenegger mit seinem Organisationskomitee aber auch allen Helfenden und Mitwirkenden recht herzlich danken. Vielen Dank für das wunderbare, gelungene Fest. [Applaus]

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 107, Anfrage U. Brunner, SVP: Platzmangel in der Gemeindeverwaltung

Die Anfrage wird am Ende der Sitzung durch den zuständigen Gemeinderat beantwortet.

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 27.08.2018	
2. Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2020	104
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.09.2018 Bewilligung einer Investitionsausgabe für den Ersatz des Abwasserdükers Goren matt Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	105
4. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 27.08.2018 Schulraumplanung: Erweiterungsbau Schulhaus Meiriacker, Bericht der BPK Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	72

- | | | |
|----|---|----|
| 5. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.08.2018
Motion R. Büchelin, SP: Südanflüge
Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti | 90 |
| 6. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 04.09.2018
Motion P. Bräutigam, CVP: Elternbeiträge für Mittagstisch und Nachmittags-
betreuung
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein | 96 |
| 7. | Diversa | |

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 27.08.2018

Präsident Thomas Hafner, CVP teilt mit, es seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen. Das Büro hat das Protokoll genehmigt und verabschiedet.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 104

Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die GRPK

Gaida Löhr, SP schlägt namens ihrer Fraktion Karin Müller als stellvertretendes Mitglied in die GRPK vor.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Karin Müller, SP, als stellvertretendes Mitglied in die GRPK gewählt.

Traktandum 3

Nr. 105

Bewilligung einer Investitionsausgabe für den Ersatz des Abwasserdükers Gorenmatt

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP erläutert, der Abwasserdüker – eine Abwasserspezialleitung zur Unterquerung von Bächen, in diesem Fall der Birsig – soll in der Gorenmattstrasse ersetzt werden. Hydraulische und technische Abklärungen haben ergeben, dass eine Sanierung des Dükers nicht möglich ist. Eine Druckleitung und ein Pumpschacht mit zwei Pumpen sollen den Düker ersetzen. So können die Erstellungskosten um ca. 10 Prozent reduziert werden. Die Zusammenarbeit mit den IWB, die in der Gorenmattstrasse Gas- und Wasserversorgungsleitungen ersetzen muss, bringt eine weitere Kostenersparnis von ca. 10 000 Franken. Die SP stimmt den Investitionsausgaben von 290 000 Franken +/- 10 Prozent zu und freut sich über die Kostenersparnis. Die Fraktion hätte noch gerne eine Auskunft zu den Betriebskosten. Wie hoch sind die Betriebskosten beim Düker und die hoch werden sie bei der Druckleitung und den Pumpen sein? Zum Schluss macht die Votantin eine persönliche Anmerkung. Sie ist der Verwaltung dankbar für das vorliegende Geschäft, sonst hätte sie vermutlich nie erfahren was ein Düker ist.

Beatrix Bürgin, SVP erwähnt, ihrer Fraktion sei mit der Investitionsausgabe von 290 000 Franken für den Düker in der Gorenmattstrasse einverstanden. Es freut die SVP, dass das Projekt als kombiniertes Bauprojekt realisiert wird. Sie begrüsst es, dass eine Zusammenarbeit angestrebt und so sogar eine Einsparung von 10 000 Franken möglich sein wird.

Patricia Bräutigam, CVP bedankt sich beim Gemeinderat für den Bericht. Die CVP erachtet die geplante Werterhaltung als sinnvoll. Anstatt den bestehenden Düker einfach auszutauschen, wird er durch eine Druckleitung mit einer Pumpe und einem Schacht ersetzt. Die Erstellungskosten der gewählten Lösung sind ca. 10 Prozent geringer als bei einem einfachen Ersatz und die Variante soll auch hydraulisch unempfindlicher werden. Ihre Fraktion begrüsst es zudem, dass die IWB zeitgleich ihre notwendigen Gas- und Wasserversorgungsleitungen erneuern kann. So muss der Belag in diesem Strassenabschnitt nur einmal geöffnet werden. Die CVP folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Rahel Bänziger, Grüne spricht der zuständigen Gemeinderätin und der Verwaltung ihren Dank für die informative und verständliche Vorlage aus. Die Grünen nehmen den Einbezug und die Anfrage verschiedener Werke positiv zur Kenntnis. So kann effizient umgesetzt werden, sowohl finanziell wie auch anwohnerfreundlich, und mehrere Arbeiten können miteinander erledigt werden. Ihre Fraktion hat Verständnis für den doch sehr sportlichen Vorgang. Wenn die Verwaltung eine günstigere und effizientere Möglichkeit findet, stehen die Grünen dem ganz sicher nicht im Weg. Sie bewilligen den Kredit.

Marc Merian, FDP äussert, auf den ersten Blick scheint das Geschäft für den Ersatz des Abwasserdükers Gorenmatt eine klare Angelegenheit. Wer hat schon viel Ahnung von Abwasserleitungen auf Gemeindeebene? Es handelt sich aber um ein Geschäft, das im Vergleich zum Abfallfahrzeug aus der letzten Sitzung ein Vierfaches an Kosten verursacht. Nämlich 290 000 Franken. Da stellen sich gewisse Fragen. Man plant eine andere Methode zu verwenden als bisher, nämlich eine Pumpe mit Druckleitung und einen Schacht anstelle eines Dükers. Den Votanten würden die Unterschiede der beiden Methoden interessieren. Um was für eine hydraulische Unempfindlichkeit handelt es sich und in welchen Situationen ergibt sich dadurch ein Vorteil? Wie schneidet die Pumpe mit Druckleitung auf Dauer ab? Ist sie mit ihren Betriebskosten und ihrer Lebensdauer immer noch günstiger und wie lange hat der jetzige Düker funktioniert? Der Redner hätte sich eine Gegenüberstellung wie beim Geschäft zum Abfallfahrzeug gewünscht, insbesondere da das Planungsbüro beide Methoden geprüft hat. Warum betragen die Kosten für die Projektierung, Ausschreibung, Realisierung und Inbetriebnahme über 25 Prozent der Baukosten? Welche Art der Ausschreibung hat stattgefunden und wie haben die anderen Offerten ausgesehen? Es wird zwar eine Dringlichkeit mit Baubeginn im November angegeben, aber einige zusätzliche Informationen wären aus seiner Sicht trotzdem schön gewesen. Vielleicht kann die zuständige Gemeinderätin noch dazu Stellung nehmen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP versucht die Fragen, so weit es ihr möglich ist, zu beantworten. Die Gemeinde klärt immer ab, ob andere Werke miteinbezogen und ein gemeinsames Projekt durchgeführt werden kann. Im vorliegenden Fall kann das Projekt gemeinsam mit der IWB umgesetzt werden. Andere Werke hatten keinen Bedarf. In der Beratung wurden die Betriebskosten angesprochen. Die jährlichen Betriebskosten eines Abwasserdükers belaufen sich auf 3165 Franken, die einer Pumpe und Druckleitung liegen bei 1980 Franken. Es ergibt sich also eine Einsparung von rund 1200 Franken pro Jahr. Das ist kein sehr grosser Betrag, aber über 10 Jahre macht es doch etwas aus. Der Unterschied ist, dass es bei einer Pumpe und Druckleitung – Irrtum vorbehalten – einen Filter gibt, während ein Düker wenn er verstopft ist einfach verstopft ist. Dann muss jemand nach unten, um ihn zu putzen. Beim anderen System hat es einen Filter, der das reinigt. Der Störungsalarm generiert eine Meldung, wenn die Pumpe aus irgendeinem Grund nicht funktioniert. Man kann Störungen daher einfacher und schneller beheben, wenn es solche gibt. Die Votantin muss ehrlicherweise zugeben, dass sie sich nicht auf weitere technische Details vorbereitet hat. Falls die Antworten von Interesse sind, kann sie sie gerne nachliefern.

Bisher gab es noch keine Ausschreibung. Der Kredit wird gestützt auf einen Kostenvoranschlag abgeholt mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent. Erst nach Bewilligung des Kredits wird das Projekt gemäss den Regeln des Beschaffungsgesetzes ausgeschrieben und die entsprechenden Offerten werden eingeholt. Es ist daher gut möglich und sogar sehr wahrscheinlich, dass das Projekt in der effektiven Ausschreibung, insbesondere wenn man es wie in diesem Fall als kombiniertes Projekt umsetzen kann, zum Schluss günstiger ist als der derzeit vorliegende Kostenvoranschlag. In der Regel sind die eher et-

was höher. Den Vergleich zu den vierfachen Kosten des Abfallfahrzeugs hat die zuständige Gemeinderätin nicht angestellt. Sie weiss nicht, in wie weit man das Abfallfahrzeug mit einem Düker vergleichen kann. Falls es gewünscht wird, könnte man den Vergleich noch anstellen, auch wenn ihr die Parameter, die man vergleichen möchte, nicht ganz klar sind.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat bewilligt für den Ersatz des Abwasserdükers Gorenmatt zu Lasten Konti 1.7201.3143.00/90100 (Ausführung) und 1.7201.3131.00/90100 (Planung) gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von CHF 290 000 (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent).

Traktandum 4

Nr. 72

Schulraumplanung: Erweiterungsbau Schulhaus Meiriacker, Bericht der BPK

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

BPK-Präsident Daniel Zimmermann, FDP erklärt, zum vorliegenden Bericht der BPK zu Geschäft 72 gebe es nicht mehr viel zu ergänzen. In der Diskussion der Fraktionen hat das von der BPK empfohlene Verkehrsgutachten zu reden gegeben. Zu diesem Punkt möchte der Kommissionspräsident gerne etwas sagen. Wie im Bericht erwähnt, liegt die Schulanlage Meiriacker in der Zone für öffentliche Wege und ist ins Wohngebiet eingebettet. Die vorliegende Machbarkeitsstudie hat auf die Problematik der Erschliessung des Areals hingewiesen. Den Zu- und Wegfahrten sowie der Anlieferung ist grosse Beachtung zu schenken. Man macht den direkt betroffenen Anwohnern keinen Gefallen, wenn im Projektwettbewerb keine Aussage über diese Fragestellung gemacht wird. Je nach Projekteingabe kann die Fragestellung sehr wichtig sein und muss schliesslich in der Gesamtbeurteilung des Wettbewerbs mitbewertet werden. Dass das verlangte Verkehrsgutachten zusätzliche Kosten verursacht, kann nicht behauptet werden, da sich sowieso jedes Planungsteam diese Gedanken machen muss. Spätestens beim Bauprojekt muss das verlangte Verkehrsgutachten für die Baubewilligung vorliegen. Ob es sich unbedingt um ein Gutachten handeln muss, ist der BPK nicht so wichtig. Für die Kommission ist jedoch die klare Aussage zentral, dass die gesamte Verkehrserschliessung für Personenwagen, Lastwagen und Langsamverkehr im Projekt aufgezeigt werden soll. Mit dem Bestellen eines Verkehrsgutachtens ist der Nachweis unter den Fachpersonen klar definiert und gibt unmissverständlich auf alles Auskünfte, auch auf die ganze Parkierung. In diesem Sinn empfiehlt die BPK, den Anträgen zuzustimmen.

Philippe Spitz, SP stellt fest, es handle sich eigentlich um eine unbestrittene Vorlage, zumindest im jetzigen Stadium. Am 5. März wurde das Geschäft für den Schulhauserweiterungsbau inkl. neuer Turnhalle im Rat behandelt. Anschliessend gab es eine Schlaufe in der BPK. Man sieht, es dauert dann doch wieder mehr als ein halbes Jahr. Das ist in diesem Fall nicht so schädlich, da der Projektwettbewerb ohnehin erst nächstes Jahr gemacht werden soll. Es geht um die Durchführung eines Wettbewerbs gemäss der ursprünglichen Vorlage. Dabei geht es nicht nur um eine neue Turnhalle sondern um einen Erweiterungsbau. Zudem werden Zivilschutzplätze aufgehoben. Noch offen ist, ob ein Generalplaner oder eine GU-Lösung gewählt werden soll. Für die BPK und auch für die SP-Fraktion ist das Raumprogramm, das

bestellt und von den Projektteams offeriert werden soll, nachvollziehbar. Pro zwei Klassenzimmer gibt es ein Halbklassenzimmer – das ist heute z.T. schon der Fall – und einen Gruppenraum. Die BPK konnte sich versichern, dass ein solches Raumprogramm Sinn macht. Eine grosse Aula wäre aus Sicht der SP ebenfalls sinnvoll. Vielleicht kann dies noch in den Projektwettbewerb eingebracht werden. Möglicherweise kann der zuständige Gemeinderat noch etwas dazu sagen. Allenfalls gibt es die Möglichkeit einer Kombinationslösung, bei der man die Aula öffnen kann, um sie grösser zu machen. Grosse Aulen sind einerseits ein Bedürfnis und andererseits in Binningen auch nicht wie Sand am Meer gestreut.

Der Votant vermutet, dass das relativ enge Areal noch zur Herausforderung werden könnte. Zumindest die SP stellt sich eine Lösung vor, bei der auch einige Pflanzen Platz finden und die etwas luftig ist. Ob dies dann die Quadratur des Kreises ist und ob die möglich ist, wird sich weisen. Seine Fraktion ist nicht ganz glücklich mit dem Antrag betreffend Verkehrsgutachten. Sie wird daher beantragen, dass nur – aber immerhin – qualifizierte Aussagen der Projektteams in Bezug auf die Verkehrssituation und Verkehrserschliessung gemacht werden sollen. Die SP möchte den Teams die Aufgabe der Gutachten nicht einfach abdelegieren. Das kostet die Gemeinde zwar nichts. Aufgrund der zusätzlichen Anforderung eines Gutachtens werden aber weniger Teams teilnehmen und die Auswahl verkleinert sich. Ein entsprechender Antrag wird noch folgen. Der Votant hofft, dass die Kriterien des Projektwettbewerbs gut transparent gemacht werden. Beim Wettbewerb «Schulhaus Dorf» sind doch einige Teams im Vornhrein ausgeschieden, da sie die Abstandsvorschriften nicht eingehalten haben, u.a. auch ein sehr renommiertes Architekturbüro. Er hofft, man würde nicht quasi den «Calatrava in Binningen» verhindern aufgrund von nicht eingehaltenen Abstandsvorschriften.

Anand Jagtap, Grüne äussert, auch die Grünen seien im Nachhinein nicht unglücklich über die Ehrenrunde, die gedreht wurde. So sind jetzt genauere Vorgaben wie Raumplanung, Raumprogramm und Umgebungsgestaltung vorhanden. Seine Fraktion ist überzeugt, dass die Umsetzung mit dieser Erweiterung rasch und effizient weiterbearbeitet werden kann. Die Grünen stimmen dem Antrag 1 einstimmig zu. Sie teilen auch die Forderung der BPK, dass die Projektteams nicht nur Raumvorgaben und Umgebungsgestaltung berücksichtigen müssen, sondern auch Aussagen zur Verkehrserschliessung im Zusammenhang mit ihrem Projekt machen sollten. Diese Informationen sind nicht nur für die Verwaltung und die Politik hilfreich, sondern können auch allfällige Bedenken von Anwohnern zerstreuen. Transparente Informationen tragen dazu bei, Einsprachen zu reduzieren oder gar zu verhindern. In diesem Sinn stimmen die Grünen Antrag 2 zu.

Pascal Treuthardt, FDP dankt der BPK namens seiner Fraktion für den schönen und prägnanten Bericht. Es geht um das Meiriacker Schulhaus, welches inmitten eines Wohngebiets steht. Dort gehören Schulhäuser hin, auch wenn sich gewisse Personen ab und zu am Spiellärm und der Schulglocke stören. Die Lage scheint ihm richtig, daher wird das Schulhaus voraussichtlich auch ausgebaut. Ein Schulhaus ist heutzutage aber mehr als nur ein Bildungscampus, insbesondere wenn es über mehrere Turnhallen verfügt. Abends werden diese von Vereinen genutzt, die dort ihre Sportarten ausüben. Dies ist im Sinn der Sache, aber es führt zu mehr Verkehr in den Abendstunden. Das muss man schlicht und einfach bedenken, wenn man sich in einem Wohnquartier befindet. Aufgrund der veränderten Mobilität kommen zudem nicht mehr alle Lehrer und Schüler zu Fuss oder mit dem Schlitten zur Schule. Auch dieser Tatsache sollte Rechnung getragen werden. In diesem Sinn unterstützt die FDP die Anträge der BPK.

Andrea Alt, CVP erläutert, nachdem der Planungskredit von 360 000 Franken bereits im März genehmigt wurde, liege nun die Beurteilung der BPK zur Auftragsformulierung mit dem Raumprogramm für den Projektwettbewerb vor. Die CVP dankt der Kommission für die sorgfältige Beurteilung. Es hat sich gezeigt, dass in der Auftragsformulierung die wichtigsten Aspekte aufgenommen wurden und dass ein gutes Projekt erwartet werden kann, das die Bedürfnisse einer neuzeitlichen Schulanlage erfüllt. Besonders Wert legt ihre Fraktion neben dem Raumprogramm auf die Umgebungsgestaltung inkl. der Räume für den Mittagstisch und die schulergänzende Betreuung. Eine grosse Herausforderung sieht sie in der Umsetzung, da der ordentliche Schulbetrieb während der gesamten Bauzeit aufrechterhalten wer-

den soll. Den ergänzenden Antrag der FDP, ein Preisschild von den eingebenden Projektteams zu erhalten, erachtet die CVP ebenfalls als notwendig. Somit stimmt sie dem Antrag 1 der BPK zu. Dem zweiten Antrag steht die Fraktion etwas skeptisch gegenüber. Die Verkehrssituation sollte bei der Planung unbedingt berücksichtigt werden. Von jedem Team ein Gutachten zu verlangen findet die CVP aber etwas übertrieben und stimmt daher dem Antrag der SP zu.

Urs Weber, SVP teilt mit, auch die SVP habe den Bericht studiert und finde, es mache Sinn. Die Fraktion kann die beiden Anträge der BPK daher unterstützen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme des Projekts. Der Gemeinderat möchte eigentlich relativ schnell in den Wettbewerb starten mit dem Ziel, dass nächstes Jahr das Ergebnis vorliegt. Es soll nicht erst nächstes Jahr mit dem Wettbewerb gestartet werden. Daher wäre er froh, wenn man heute einen Schritt weiter kommen würde. Es ist schwierig von 5 – 8 Teams ein Verkehrsgutachten zu verlangen, ohne diesen dafür eine zusätzliche Entschädigung zu zahlen. Er ist der Ansicht, man müsse andere Lösungen finden, um die Verkehrsfragen zur Genüge zu beantworten. In Bezug auf den Projektwettbewerb Dorf erklärt der zuständige Gemeinderat, es sei dort eine von 300 Fragen falsch beantwortet worden. Dies hat dazu geführt, dass verschiedene Teams ausgeschieden sind, da sie die Frage falsch interpretiert haben. Das soll diesmal möglichst vermieden werden. In der Fülle der Fragen unterlief damals ein Fehler, der dies ausgelöst hat. Hinsichtlich des Votums zur Grösse der Aula führt der Votant aus, die Aula sei immer zu klein. Es gibt selten ein Schulhaus, in welchem sich alle Kinder und Eltern in einem Raum vereinen können. Es gibt hier aber zumindest die Möglichkeit, mit Mehrfach-Nutzungen mit dem Mittagstisch Lösungen anzustreben, um möglichst grosse Räume zu generieren. Dies wird dann im Rahmen der Wettbewerbsbeurteilung angeschaut.

Simone Abt, SP beantragt namens der SP-Fraktion, den aktuellen Text des BPK-Antrags 5.2. durch folgende Formulierung zu ersetzen: «Die Planungsteams machen qualifizierte Aussagen zur Verkehrser-schliessung.». Die Begründung wurde bereits im Eingangsvotum angedeutet. Die SP findet es unnötig, dass alle teilnehmenden Planungsteams einzeln, jeder für sich, ein Verkehrsgutachten eingeben, welches sie notabene einkaufen müssen. Ob die Gemeinde die Kosten rückerstattet oder nicht ist eine andere Frage. Die Arbeit wird generiert. Der wahre Sparfuchs spart nicht nur, wenn er es bezahlen muss sondern schaut, dass er auch bei anderen möglichst wenig Kosten generiert. Denn dies kann auf einem anderen Weg dann doch wieder auf die Gemeinde zukommen. Die Fraktion würde daher allenfalls alternativ nahe legen, dass die Gemeinde ein Verkehrsgutachten – wenn ein Verkehrsgutachten denn sein muss – erstellen lässt und dieses den Planungsteams zur Verfügung stellt. Wenn die Rednerin nun einen Aufschrei hört, würde das heissen, dass man doch ein klein wenig «schlaumeierisch» sein möchte und versucht, die Kosten den Planungsteams aufzubürden. Ein Gutachten genügt, wenn überhaupt. Die Planungsteams sollen qualifizierte Aussagen machen.

Daniel Zimmermann, FDP führt aus, jedes Wettbewerbsteam mache einen Projektvorschlag und jedes Projekt sehe anders aus. Daher sind vermutlich auch die Verkehrsgutachten oder die Überlegungen für die Erschliessung unterschiedlich. Die Gemeinde kann nicht im Vornherein ein Verkehrsgutachten erstellen lassen und dieses gilt dann für alle. Jedes Team muss sich über die Fragen der Erschliessung Gedanken machen. Wenn es, wie von den Vorrednern gesagt wurde, nicht vorkommen darf, dass jemand aus dem Wettbewerb ausgeschlossen wird, weil unklare Formulierungen stattfinden, dann ist das Verkehrsgutachten das Instrument dafür. Wenn man im Antrag formuliert, dass sich jedes Team Gedanken darüber machen soll, wie man dies lösen könnte, dann kann es vorkommen, dass die Jury in der Wettbewerbsbeurteilung bemerkt, dass der eine das berücksichtigt hat und der andere nicht. Das Verkehrsgutachten ist unter Fachleuten ein klar beschriebenes Gutachten. Es ist vorgeschrieben, was ein solches Gutachten beinhalten muss. Es betrifft Zu- und Wegfahrten, Anlieferung, Parkierung für PW, Lastwagen, Velo und Langsamverkehr. Daher war die BPK der Überzeugung, dass das Verkehrsgutachten – es tönt nun sehr umfangreich, es ist aber letztlich eine relativ einfache Sache – im Projektteam zu verantworten sei. Für die Überlegungen, die die Architekten machen müssen, muss es sowieso erstellt werden.

ABSTIMMUNG

Der Präsident möchte als erstes den SP-Antrag: «Die Planungsteams machen qualifizierte Aussagen zur Verkehrserschliessung.» gegen den BPK-Antrag 5.2: «Für den Projektwettbewerb wird von den Planungsteams ein Verkehrsgutachten verlangt.» ausmehren.

Ausmehren: BPK-Antrag vs. SP-Antrag (Abstimmung 02)

BPK-Antrag: 21 JA

SP-Antrag: 11 JA

4 Enthaltungen.

BPK-Antrag 5.1: Einstimmig JA (Abstimmung 03)

BPK-Antrag 5.2: 22 JA, 2 NEIN, 12 Enthaltungen (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: 1. Der Auftragsformulierung mit dem Raumprogramm für den Projektwettbewerb für die Erweiterung der Schulanlage Meiriacker wird zugestimmt.

://: 2. Für den Projektwettbewerb wird von den Planungsteams ein Verkehrsgutachten verlangt.

Traktandum 5

Nr. 90

Motion R. Büchelin, SP: Südanflüge

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP weist nochmals darauf hin, dass sich im verschickten Bericht im ersten Absatz ein Fehler eingeschlichen hat. Es wird erwähnt, dass bei den Südanflügen ein Anteil von unter 10 Prozent erreicht werden soll. Es sollte aber unter 8 Prozent heissen.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Ralph Büchelin, SP dankt dem Gemeinderat für den Bericht und die sehr ausführliche Dokumentation. Es war doch ein recht dickes Bündel, das die Ratsmitglieder erhalten haben. Seit 2007 gibt es die leidigen Südanflüge über Binningen und weiteren Gemeinden, die die Anwohner mit Fluglärm teils bis weit in die Nacht eindecken. Im Jahr 2017 wurde der Anteil Südanflüge mit 10,3 Prozent erstmals überschritten. Gemäss Espoo-Abkommen hätten ab 10 Prozent Massnahmen ergriffen werden sollen, um den Wert wieder unter 8 Prozent zu senken. Die Luftfahrtbehörden der Schweiz und Frankreich haben es sich einfach gemacht und den Windverhältnissen die Schuld zugeschrieben. Massnahmen wurden entgegen der vertraglichen Abmachungen keine getroffen. Dabei könnte die Knotenregelung von aktuell 5 Knoten problemlos auf 10 Knoten (18 Stundenkilometer) erhöht werden. In der vorliegenden Benutzungsanalyse des ILS 33 steht, dass Easyjet Landungen bis 15 Knoten Rückenwind zulassen würde. Man hätte also immer noch eine Reserve von 5 Knoten und die Südlandungen könnten deutlich reduziert werden.

Im Jahr 2018 wurden bis Ende August bereits wieder 12,4 Prozent Südanflüge verzeichnet. Es ist durchaus möglich, dass es in diesem Jahr wieder eine Überschreitung der 10 Prozent geben wird. Die Gemeinde Binningen verweist im vorliegenden Bericht immer wieder auf den Gemeindeverbund Flugverkehr, der mit verschiedenen Schreiben ans BAZL und an die Regierung Baselland gelangt ist. Die Ge-

meinde stellt auch fest, dass bis jetzt wenig erreicht wurde und der Einfluss von Binningen gering sei. Binningen ist mit Allschwil betreffend Fluglärm die am stärksten betroffene Gemeinde. Dem Votanten sind Fälle bekannt, bei denen Personen die Gemeinde aufgrund der Fluglärmbelastung verlassen haben. Es waren gute Steuerzahler. Der Gemeinderat hat eine grosse Verantwortung und kann sich nicht hinter dem Gemeindeverbund Flugverkehr verstecken. Binningen muss bei den entsprechenden Behörden, z.B. bei den beiden Regierungen Basel-Stadt und Baselland wie auch beim Bundesamt für Zivilluftfahrt BAZL, intervenieren. Die SP plädiert daher für eine Überweisung des Vorstosses als Motion.

Roman Oberli, SVP merkt an, dass sich verschiedene politische Instanzen mit diesem berechtigten Problem befassen u.a. auch der Landrat. Die SVP Binningen setzt sich für die Interessen der Binner Bevölkerung ein. Leider musste die Partei diesbezüglich feststellen, dass der Gemeinderat hier das falsche Gremium ist, da die Handlungskompetenzen bei vielen Akteuren liegen u.a. beim BAZL und beim Staat Frankreich. Verhandlungen sollten vom Regierungs- oder gar vom Bundesrat geführt werden. Aus diesem Grund und nur aus diesem Grund spricht sich die SVP-Fraktion gegen eine Überweisung an den Gemeinderat aus. Der Votant möchte nochmals explizit erwähnen, dass die SVP die Probleme des Fluglärms ernst nimmt und sich für eine Lösungsfindung im Sinne der Binner Bewohner einsetzt. Dazu ist die Motion aber das falsche Mittel.

Rahel Bänziger, Grüne findet, ein Punkt sei glasklar: Die Situation rund um den EAP ist sehr kompliziert. Vor allem auch deshalb, weil er auf französischem Boden liegt und die französische Luftsicherung alleine für den Luftraum, die Flugführung und anderes zuständig ist. Dies verdankt man leider einem sehr unausgewogenen Staatsvertrag aus dem Jahr 1949. Wie komplex es ist, zeigt auch die vom Gemeinderat zu dieser Motion abgegebene Papierflut. Da wäre vielleicht nicht alles nötig gewesen, zumal es heute nur um die Frage der Überweisung geht. Die komplexe Situation darf die Anwesenden aber nicht resignieren lassen. Es ist klar, dass der EAP eine grosse wirtschaftliche Bedeutung für die Region hat, aber ausgeruhte und gesunde Mitarbeitende haben das ebenso. Es geht nicht darum, dem EAP zu schaden oder ihn zu schliessen. Ein Unternehmen kann jedoch nur solange expandieren, wie es die Akzeptanz der Bevölkerung hat. Mit dieser Akzeptanz spielt der EAP ganz gewaltig. Wenn der Lärm noch mehr zunimmt, vor allem auch in den sensiblen Nachtstunden, wird die Bevölkerung aufstehen und sich dagegen wehren. Sie macht es nämlich bereits. Dass hier ein Umschwung stattgefunden hat, hat sich in den letzten Abstimmungen im Landrat gezeigt. Der immer gleiche, beschönigende Bericht der sogenannten Fluglärmkommission, die den EAP eigentlich bei Lärmschutzmassnahmen unterstützen sollte, wurde auf Antrag der Votantin ablehnend zur Kenntnis genommen. Auch ihr Postulat zur SIL-Vernehmlassung hat der Landrat dringlich und ohne Einspruch an den Regierungsrat überwiesen. Zwei weitere Vorstösse der Rednerin, einen zur längst fälligen Risikoanalyse und einen zu einer dringend nötigen Umweltverträglichkeitsprüfung, sind noch hängig.

Bei der vorliegenden Motion möchte sie nicht in die technischen Details gehen. Die zeigen sich in der umfangreichen Dokumentation des Gemeinderats schon zur Genüge. Fakt ist, es gibt ein Abkommen. Südlandungen sollen unter 8 Prozent gehalten werden. Falls sie über 10 Prozent steigen, sind Massnahmen zu treffen. Dieses Abkommen wurde nicht eingehalten. Ganz einfach. Statt nun bei nachweislich über 10 Prozent Südlandungen Massnahmen zu ergreifen, wird zuerst eine Analyse gemacht, die eigentlich bei einer Überschreitung von 8 Prozent hätte gemacht werden sollen. Das Analysepapier präsentiert, der vorwiegende Nordwind sei für das Nichteinhalten des Abkommens verantwortlich. Verantwortlich ist also der Wind, der Wind, das himmlische Kind. Es hilft nicht, wenn das Wetter verantwortlich gemacht wird. Das Abkommen verlangt, dass nun Massnahmen ergriffen werden. Genau das möchten auch die lärmgeplagten Anwohnerinnen und Anwohner und sie möchten Massnahmen sehen. Auch wenn die Einflussmöglichkeiten des Gemeinderats begrenzt sind, fordert sie den Einwohnerrat auf, der Überweisung des Vorstosses – es ist wohl eher ein Postulat, da keine Gesetzesänderung nötig ist – zuzustimmen und ein Zeichen zu setzen, dass es so nicht weitergehen kann und darf. Der EAP braucht die Akzeptanz der Bevölkerung und darf damit nicht spielen. Eine bessere Information und Transparenz in seiner Berichterstattung könnte dabei auch nicht schaden.

Der Votantin ist zu Ohren gekommen, dass die Südlandungsquote Mitte September bei 12,3 Prozent lag. Was heute Nachmittag über den Köpfen der Binninger Bevölkerung abgelaufen ist, muss sie den Anwesenden nicht erzählen. Sie haben es selbst gehört. Alle 3 bis 5 Minuten landete ein Flugzeug. Selbst wenn bis Ende Jahr kein einziges Flugzeug mehr von Süden her landen würde, würde es nicht gelingen, die Quote auf unter 10 Prozent zu senken. Auch dieses Jahr wird die 10 Prozent-Quote wieder geknackt. Die Rednerin schrieb heute Nachmittag mit dem nötigen Adrenalin der durchwegs stattfindenden Überflüge einen Vorstoss, den sie nächsten Donnerstag im Landrat einreichen wird. Der Vorstoss hat das gleiche Thema und baut auf dem Vorstoss auf, in welchem sie eine Risikoanalyse verlangt hat. Im Vorstoss verweist sie ebenfalls auf die Statistik. Sie plädiert dafür, die zuständige Gemeinderätin darin zu unterstützen, sich weiter einzusetzen. Mit einem überwiesenen Postulat erhält die Gemeinderätin die nötige Rückendeckung und sieht, dass das Parlament hinter ihr steht. Sie bittet den Einwohnerrat daher, den Vorstoss – sie hofft als Postulat – zu überweisen.

Karl J. Heim, CVP teilt mit, die CVP-Fraktion folge nicht dem Antrag des Gemeinderats. Sie möchte, dass die Motion überwiesen wird. Als erstes schildert der Votant eine Momentaufnahme. Gestern Nacht wurde er um 23.35 Uhr, als er ausnahmsweise bereits im Bett lag, durch den dröhnenden Anflug einer Maschine aus dem Schlaf aufgeschreckt. Heute Morgen um 5.59 Uhr ging es weiter. Er fügt an, er müsse Rahel Bänziger eine Blume verteilen, was er sonst selten mache. Es ist ihrem Antrag im Landrat zu verdanken, dass der Lärmbericht 2016 zurückgewiesen wurde. Das ist im aktuellen Kontext der nicht unwesentlichen Belästigungen genau das Richtige. Formelles: Die Unterlagen des Gemeinderats sind interessant, aber viel zu zahl- und umfangreich. Damit man weiss, wie der Lärm entsteht, braucht es seiner Ansicht nach keine physikalische Uni-Vorlesung von 70 Seiten. Zudem scheint es Unklarheiten bezüglich der Bezeichnung der betroffenen Piste zu geben. In den Unterlagen ist meist von der Piste 34 die Rede, aber im Vorstoss geht es um die Piste 33. Materiell: Die aktuelle Situation der Fluglärmbelästigung über Binningen und dunkle Vorahnungen, dass dies mittel- bis langfristig noch weitaus massiver werden wird, lässt nicht zu, dass man das Thema politisch einfach liegen lässt. Allschwil ist noch stärker betroffen und dort legt man die Hände auch nicht in den Schoss.

Der Votant möchte 5 Punkte aufzählen, weshalb die Motion von Ralph Büchelin Sinn macht. 1. Der Verdacht scheint sich zu erhärten, dass der Staatsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz über die Flugbewegungen am Euroairport in zentralen Punkten nicht eingehalten wird. 2. Die zeitliche Sperre wird laufend überschritten. Bei geöffneten Fenstern im Sommer erwachte er einmal nachts um 0:25 Uhr wegen eines Anflugs. 3. Die Zahl der Südanflüge nimmt laufend zu und die betroffene Bevölkerung muss relativ machtlos zuschauen, da sie die «wissenschaftlichen» Kriterien nicht à la minute nachvollziehen kann. Mit anderen Worten: Ein einfacher, nicht-aviatik-kundiger Bürger hat bei der Frage, ob Südanflüge stattfinden oder nicht, den Eindruck, es komme zu einer gewissen Willkür. 4. Der Staatsvertrag sagt klar, dass Verhandlungen zwischen der Schweiz und Frankreich einerseits und dem Euroairport aufgenommen werden müssen. Frankreich hat offenbar noch viel strengere Kriterien, wenn von der Toleranzgrenze betreffend Südanflüge abgewichen wird. Es scheint sich zu bewahrheiten, dass der Bestimmung im Vertrag nicht besonders gut nachgelebt wird. Daher braucht es weiterhin Druck. 5. Bei den Juristen gilt: «Lex specialis derogat generali». Das heisst der Vertrag, den man hat, geht klar irgendwelchen allgemein gehaltenen Reglementen der internationalen Zivilluftfahrtbehörde vor. Dazu zitiert er aus einem beigelegten, hochhoffiziellen Papier des BAZL über die Luftfahrtbehörde: «[...] dass die Lärmverminderung kein bestimmender Faktor für die Nutzung der Piste sein darf.». Das geht nicht. Die CVP findet, dies sei eine grobe Missachtung der Lebensbedingungen und Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung.

Sven Inäbnit, FDP erklärt, wenn man heute von Beziehungen zwischen Menschen rede, dann heisse es oft, es sei kompliziert. So steht es auch um die Beziehung zwischen dem Euroairport und der Bevölkerung in der Region. Die FDP bringt grossmehrheitlich Verständnis für das Anliegen der Motion auf. Sie erachtet die Lage ebenfalls als ernst. Die Fraktion empfängt klare Signale. Noch nicht von denen, die bereits weggezogen sind, aber von den gewichtigen Steuerzahlern, die sich mit dem Gedanken tragen, diesem Lärm den Rücken zu kehren. Das sind keine guten Voraussetzungen. Insofern möchte die FDP

dem Gemeinderat den Rücken stärken, den Binninger Interessen in allen möglichen Gremien und auf allen möglichen Wegen Nachachtung zu verschaffen. Aber es ist kompliziert. Die Gemeinde selbst ist nahezu machtlos. Er weiss dies auch aus den Debatten im Landrat bei denen sogar der Kanton eine gewisse Machtlosigkeit eingestehen muss. Daher ist das Mittel der Motion wahrscheinlich nicht das Mittel, das zum Ziel führen wird oder kann. Der Vertrag ist so ausgestaltet, dass eigentlich alle Punkte, die die betrieblichen Faktoren des Euroairports betreffen, in Paris entschieden werden können. Dabei handelt es sich um das Abflug- und Anflugregime, die Nachtflüge, die Nachtflugsperrung etc. Diese Sachen werden schlussendlich in Paris entschieden. Das muss man einfach sehen. Ob das Bundesamt für Zivilluftfahrt, welches weit weg ist von diesem Fluglärm, hilft, steht leider auf einem anderen Papier.

Trotzdem muss man sich auch selbst gewisse Gedanken machen. Es gibt eine starke Zunahme der Flugbewegungen. Der Votant sieht hier die Interessen der Bevölkerung, die in diesem Sinn auch beim Flughafen liegen. Viele Personen schätzen es, dass man mit einem Easyjetflug für 17 Franken übers Wochenende nach Nizza fliegen kann und erwarten, dass das Zalando-Paket, wenn sie es heute Abend um 20 Uhr bestellen, am liebsten morgen früh um 10 Uhr bei ihnen zu Hause ist. Die Zalando-Pakete kommen mit der Expressfracht. Der Euroairport gab letztens bekannt, dass er grosszügigerweise erreichen konnte, dass die Expressfracht am Wochenende nicht zwischen 22 – 6 Uhr angeliefert wird. Der Votant bittet die Anwesenden, sich das vorzustellen. Wer erwartet am Sonntagmorgen um 6 Uhr Expressfracht des Flughafens? Das zeigt, dass die Anliegen der Bevölkerung aus dem Leimental und der Region schlichtweg nicht entsprechend wahrgenommen werden. Das Problem ist, dass man es mit vielen Stakeholdern resp. Interessensgruppen zu tun hat. Diese reden nicht mit einer Stimme gegenüber dem Euroairport und den zuständigen Behörden. Das macht das Ganze kompliziert und man wird gegeneinander ausgespielt.

Die FDP anerkennt die Leistungen des Gemeinderats und das Engagement gegen den Fluglärm. Sie kennt aber auch die Grenzen, die gegeben sind. Daher ist es der Fraktion wichtig, ein klares Signal zu setzen. Der Votant regt dem Motionär an, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Eine Motion tönt zwar gut und ist stark. Sie verpufft aber letztendlich wirkungslos, da unklar ist, was der Gemeinderat machen kann, um die Motion umzusetzen und später abzuschreiben. Ein Postulat hingegen, wie es bereits andere Postulate gibt z.B. beim geplanten Gundeldinger Tunnel, hilft dem Gemeinderat, eine gewisse Legitimation zu erhalten. Die FDP würde dem Postulat grossmehrheitlich zustimmen. Einer Motion würde die Fraktion nicht zustimmen. Nicht, weil sie das Anliegen nicht unterstützenswert findet, sondern aus gesetzeshygienischen Gründen. Es ist hier das falsche Mittel.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP führt aus, es sei in der Tat so, dass die Südanflüge markant zugenommen haben. Die Überschreitung im laufenden Jahr ist noch massiv höher als im letzten Jahr. Im Mai waren es 22,3 Prozent Südanflüge anstelle der 8 Prozent. Es gibt also auch in diesem Jahr eine massive Übertretung der Grenzwerte. Die Gemeinderätin macht klar, dass sie eine Umwandlung der Motion in ein Postulat begrüssen würde. Weshalb ein Postulat? Bei einer Motion müsste der Gemeinderat eine gesetzliche Handhabung haben, die es hier aber nicht gibt. Der Gemeinderat kann sich einsetzen, aber er kann nichts ändern, das nicht in seinem Zuständigkeitsbereich liegt. Es geht um bilaterale Verträge, Gesetze und Vereinbarungen. Der Gemeinderat kann sich nicht einbringen, um diese zu ändern. Er kann sich allerdings einsetzen und darauf hinweisen. Etwas direkt zu bewegen ist nicht möglich. Deshalb macht eine Motion aus Sicht des Gemeinderats in diesem Fall keinen Sinn und würde verpuffen.

Der Motionär erwähnte, die Gemeinde würde sich hinter dem Gemeindeverbund Flugverkehr verstecken. Das kann die Rednerin nicht so stehen lassen. Der Gemeindeverbund Flugverkehr wurde damals gegründet, da die Gemeinden alleine nicht genug Kraft hatten. Es sollte ein Gefäss geschaffen werden, um besser auftreten zu können und mehr Kompetenz zu bündeln. Das konnte mit dem Gemeindeverbund Flugverkehr, in welchem sich viele z.T. auch nicht direkt betroffene Gemeinden solidarisch mitengagieren, bewirkt werden. Für Binningen war dies der Grund zu sagen, wir nehmen unsere Interessen, wie Allschwil auch, durch den Gemeindeverbund wahr. Dadurch kann man als Verbund auftreten und

die Stimme hat mehr Gewicht. Binningen setzt sich auch im Schutzverband Flugverkehr ein und die Votantin wurde in die Fluglärmkommission delegiert. Der reine Aufwand für die Fluglärmthemen ist riesig. Er steht in keinem Verhältnis zum Ertrag. Es ist auch für die zuständige Gemeinderätin sehr frustrierend zu sehen, dass man sich engagieren kann, etwas bewegen will, aber schlussendlich sind den Gemeinden die Hände gebunden, da die Themen auf einer ganz anderen Ebene entschieden werden, die die Gemeinde nicht direkt beeinflussen kann. Da es sich um einen binationalen Flughafen handelt und sehr viel in Frankreich entschieden wird, wäre es eigentlich die Aufgabe des Bundesrats. Die Gemeinde kann die Feedbacks der Bevölkerung aufnehmen, weitertragen und sich dafür einsetzen. Die Votantin hat im Rahmen der Fluglärmkommission direkt mit dem BAZL gesprochen und eine Anfrage zu diesem Thema gestellt. Sie erwartet demnächst eine schriftliche Antwort. Die Gemeinde ist auf vielen Ebenen aktiv, aber leider mit sehr bescheidenem Erfolg.

Ein weiterer Punkt kam von Karl J. Heim. Er sagte, Allschwil würde sich einsetzen und Binningen würde die Hände in den Schoss legen. Dem ist bei weitem nicht so. Allschwil macht nicht mehr als Binningen. Die Gemeinden setzen sich gemeinsam ein. Nur so kann etwas erreicht werden. Hinzu kommt, dass Allschwil bezüglich Südanflüge nicht immer die gleichen Interessen wie Binningen hat. Ein gewisser Teil der Südanflüge entlastet einen Teil Allschwils. Wenn die Südanflüge an einem anderen Ort durchfliegen, hat ein anderer Teil Allschwils mehr. Es sind also nicht immer die gleichen Interessen. Im Grossen und Ganzen lässt sich aber festhalten, dass der grössere Teil von der Reduktion der Südanflüge profitieren würde. Wenn man diese auf 5 Knoten reduzieren könnte, würde man über die Hälfte des Lärms verlieren. Der Gemeinderat setzt sich dafür ein und wird sich auch weiterhin dafür einsetzen. Eine Motion wird hier nicht mehr bringen. Sie verpufft. Aus ihrer Sicht könnte man den Vorstoss auch nicht überweisen. Der Gemeinderat würde sich genau gleich einsetzen, wie wenn der Vorstoss überwiesen wird. Für die Votantin macht es keinen Unterschied. Sie hofft, sie konnte weiteres Licht in die Angelegenheit bringen. Es ist sehr kompliziert und man kann froh sein, dass es im Landrat schon einmal weitergeht.

Ralph Büchelin, SP äussert, es stimme, dass Allschwil Dorf bei Südanflügen tatsächlich entlastet werde. Es gibt aber auch Neuallschwil, das im Vergleich zu Allschwil Dorf wahrscheinlich Zweidrittel von Allschwil ausmacht. Die Anflugschneise geht direkt über das Muesmatt-Altersheim, wo auch das Hallenbad steht. Allschwil Dorf ist eher entlastet, aber der grössere Teil ist Neuallschwil, der belastet wird. Der Votant dankt für die Voten. Die SP hat sich entschieden, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln.

Rahel Bänziger, Grüne legt dar, Allschwil leide vor allem unter den Starts. Hier wird von den Landungen gesprochen. Die 10 Prozent, von denen man redet, fliegen auch irgendwann über Allschwil. Es kommt nicht zu einer Entlastung Allschwils. Normalerweise sollten diese Flugzeuge von Norden her landen. Das heisst alle, die über Binningen fliegen, führen auch zu einer gewissen Lärmbelastung in Allschwil und nicht zu einer Entlastung. Sie gibt der Gemeinderätin aber recht, Allschwil leidet vor allem unter den Südstarts. Dort wurde insbesondere die LUMEL-Kurve, das hat die Rednerin ebenfalls in einem Vorstoss aufgezeigt, fast einen Kilometer Richtung Süden verschoben. Das ist auch ein Problem, das angegangen werden muss. Es ist sehr komplex und sehr kompliziert.

Sven Inäbnit, FDP dankt Ralph Büchelin für die Umwandlung des Vorstosses. Das macht sicher Sinn. Die FDP unterstützt die Überweisung als Postulat zumindest grossmehrheitlich. Er möchte davor warnen, gegensätzliche Interessen mit Allschwil zu konstruieren. Die liegen nicht vor. Allschwil hat ein Problem bei den Südstarts. Die Startkurve wird in Paris immer weiter nach Süden verschoben. Irgendwann fliegen die Flugzeuge auch noch über Binningen, auf der gleichen Schneise wie die Südanflüge heute. Er hofft es nicht, aber so wie die Entwicklung aussieht, ist das ein Problem. Die Allschwiler leiden sicher nicht unter den Nordanflügen. Es gibt klare Interessen, die gleich sind. Das sieht man auch im Landrat bei den verschiedenen Vorstössen. Dort werden die Interessen des Leimentals eigentlich sehr aligniert vertreten. Das ist wichtig. Man muss an einem Strick ziehen. Es ist keine Verlagerung, wenn Binningen weniger Südanflüge fordert. Die 50 Prozent Reduktion gibt es nur, wenn man auf 10 Knoten hochgeht. Das ist absolut machbar. Für ihn ist es ein Rätsel, weshalb dies einfach ignoriert wird.

Roman Oberli, SVP möchte sich ebenfalls beim Motionär resp. Postulanten für die Umwandlung bedanken. Unter diesem neuen Aspekt wird die SVP-Fraktion der Überweisung des Postulats zustimmen.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP teilt mit, es sei überhaupt nicht so, dass Binningen eine gegenteilige Meinung zu Allschwil hätte. Es ziehen alle am gleichen Strick. Allschwil hat aber manchmal andere Lärmbelastungen als Binningen. Das war im Gemeindeverbund Flugverkehr auch bei den 10 Knotenregelungen ein Thema. Der Gemeindeverbund ist dafür da, dass alle eine gemeinsame Lösung finden, damit man sich gemeinsam einsetzen kann.

Philippe Spitz, SP ist über die Bücher gegangen und hat zuhause einer kleinen Mehrheit der FDP-Fraktion einen Blick in den FDP-Wahlkampf-Flyer geworfen. Er zitiert: «Binningen ist ein attraktiver Wohn- und Lebensort. [...] Unsere Gemeinde ist attraktiv für Jung und Alt, Familien und Singles, Erwerbstätige und Ruhebedürftige.». Das möchte er gerne noch mitgeben. An Sven Inäbniit gerichtet äussert der Redner, dass Binningen bereits unter Direktstarts leide. Es ist nicht so, dass nur Paris die Südkurve verlängert, sondern es gibt bereits Direktstarts. Wenn Sven Inäbniit suggeriert, es sei eine Art Wirtschaftsfeindlichkeit in diesem Vorstoss enthalten, möchte er ihm mit auf den Weg geben, dass das Bestellen bei Zalando und das Fliegen mit Easyjet überhaupt nichts mit der Frage zu tun hat, ob man ein Abkommen bricht. Es geht nicht um die Einschränkung der Anzahl Flugbewegungen, sondern nur darum, dass das Abkommen eingehalten wird.

Gaida Löhr, SP hat der letzte Satz des Votums der Gemeinderätin verwirrt. Sie sagte, ob der Vorstoss überwiesen werde oder nicht, ändere überhaupt nichts am Verhalten des Gemeinderats. Das glaubt sie. Sie fände es aber gut, wenn der Gemeinderat eine Überweisung des Postulats als das nehmen würde, was es sein soll: eine Unterstützung seiner Arbeit. Bei der Votantin hat die Aussage eines Regierungsrates einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Er hat auf ihre Frage, weshalb sie etwas nicht erhalten habe und andere schon, gesagt, die anderen seien einfach lauter gewesen. Damals hat sie sich geschworen, dass sie das nie mehr hören möchte, sondern zu denen gehören will, die genug laut sind. Demokratie funktioniert halt so. Der Widerstand muss immer auf allen Ebenen stattfinden. Es gibt nicht nur den formal richtigen Weg, nun darauf zu warten, dass der Bundesrat oder das BAZL mit Paris verhandelt. Natürlich ist das letztlich das Ausschlaggebende. Die Frage, wieviel Unwille oder Motivation man dort mitgibt, liegt aber auch hier unten. In diesem Sinn findet sie es wichtig, dass man das sehr klar macht.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erläutert, die Frage der Überweisung obliege dem Rat. Der Gemeinderat nimmt es als starkes Zeichen mit auf den Weg und versteht es auch so, dass der Einwohnerrat ihn mit Nachdruck in seinem Engagement unterstützt. Damit gibt das Parlament dem Gemeinderat vielleicht auch wieder etwas «Schub» in der einen oder anderen Situation, in der er den Kopf leicht hängen lässt, da er trotz viel Schweiß noch nicht viel oder nicht allzu grosses erreichen konnte. Der Gemeinderat versteht es in diesem Sinn und Geist und auch der Rat hat die Ausführungen im Geschäft im gleichen Sinn und Geist verstanden. Dem Gemeinderat ist die Aufgabe klar, die er hat. Er ist voll dahinter und spürt v.a. auch den Druck. Es wurde von verschiedenen Seiten erwähnt: Wenn die Bewohner und Bewohnerinnen Binningsens aufgrund des Fluglärms umziehen, dann fehlt Geld in der Kasse. Das schmerzt auf ganzer Breite. Es sind ureigene Interessen, bei denen der Gemeinderat alles, was er nur kann, in Bewegung setzen und dafür machen muss. Aus diesem Grund sind alle 7 Gemeinderatsmitglieder am Ball. Wenn der Gemeinderat irgendwo etwas machen kann, dann tut er das.

Zum Schluss möchte der Votant noch auf einen Punkt hinweisen. Es sind ca. 100 Gemeinden auf Deutschem, Französischem und Schweizer Boden rund um den Flughafen, die unglücklich und unzufrieden sind. Die grossen Anstrengungen, dass sich die 100 Gemeinden zusammen tun, um die grösstmögliche Kraft zu entwickeln und etwas bewirken zu können, haben in der Diskussion gezeigt, dass dies aufgrund der unterschiedlichen Positionen nicht erreicht werden kann. Wenn am Flughafen irgendetwas verändert wird, ist es mit allergrösster Wahrscheinlichkeit zum Nachteil irgendeines anderen Betroffenen. So ist es auch in der Schweiz und das macht dem Gemeinderat grosse Sorgen. Selbst wenn die Gemeinden

im Flugverbund einer Meinung sind, wird es bereits auf kantonaler Ebene schwierig, die beiden Halbkantone zu einer geeinten Meinung zusammenzuführen geschweige denn, dies bis nach Bern zu transportieren. Das soll nicht heissen, dass man nichts macht, aber es zeigt, wie komplex und schwierig die Sache ist. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. So versteht der Gemeinderat auch die Botschaft des Rats.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Der Motionär wandelt seine Motion in ein Postulat um. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 6

Nr. 96

Motion P. Bräutigam, CVP: Elternbeiträge für Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Patricia Bräutigam, CVP bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für den Bericht. Dieser hat gezeigt, dass es eine einfache Lösung geben würde, um das Leistungsziel 3 in der Produktgruppe 5 zu erreichen, nämlich die Gruppe der Referenzgemeinden zu erweitern. Ihre Fraktion ist daher sehr überrascht, dass diese Anpassung nicht bereits nach der Jahresrechnung 2016 vorgenommen wurde, als das Leistungsziel das erste Mal nicht erreicht wurde. Es musste zuerst ein Vorstoss eingereicht werden. Auch wenn das Leistungsziel mit der Anpassung erreicht wird, ist die CVP nicht der Meinung, dass ihr Anliegen erledigt sei. Sie forderte, dass Massnahmen ergriffen werden, damit die Beiträge nicht mehr als 10 Prozent von den Referenzgemeinden abweichen und nicht, dass die Referenzgemeinden dem Tarif Binningens angepasst werden. Der Gemeinderat soll zumindest prüfen und berichten, ob und wie die Beiträge gesenkt werden könnten. Das Beispiel der Referenzgemeinde Reinach zeigt, dass tiefere Beiträge machbar sind. Daher wandelt die CVP die Motion in ein Postulat um und stimmt für eine Überweisung. Die Partei hofft auf die Unterstützung der anderen Fraktionen.

Karin Glaser, Grüne findet es schön, dass der Gemeinderat die schon lange bestehende Differenz zu den Referenzgemeinden zur Kenntnis nimmt. Er macht es sich aber fast etwas einfach, indem er einerseits die Motion ablehnt aber gleichzeitig einige weitere Gemeinden mitrechnet, damit der Schnitt wieder stimmt und dann meint, es gebe keine Probleme mehr und allen gehe es gut. Der Gemeinderat lehnt eine Ungleichbehandlung ab und setzt auf Grundsatzentscheide. Mit dieser Vorlage ergibt sich nun die Gelegenheit für eine Auslegeordnung. Nach 5 Jahren FEB-Reglement wäre unter diesem Gesichtspunkt «prüfen und berichten» hilfreich. Die Grünen würden ein Postulat sehr unterstützen.

Barbara Fankhauser, SVP stellt fest, der Kreis der Referenzgemeinden werde neu mit Oberwil, Therwil und Ettingen auf eine sinnvolle Grösse erweitert. Der Vergleich der Elternbeiträge ist somit auch viel aussagekräftiger. Die SVP ist überzeugt, dass das Ziel 3 der Produktgruppe 5 erreicht wird und Binningen sich im Vergleich mit den anderen Gemeinden im grünen Bereich befindet. Aus diesem Grund wird die Fraktion dem Antrag, die Motion nicht an den Gemeinderat zu überweisen, zustimmen. Sie wird auch ein Postulat nicht überweisen.

Thomas Häfele, FDP dankt der Motionärin für die Initiative und dem Gemeinderat für die Berichterstattung. Die FDP ist sehr daran interessiert, dass Binningen für Familien und berufstätige Eltern eine attraktive Wohngemeinde ist und bleibt. Das kann Philippe Spitz sicher bestätigen. Es ist der Fraktion auch wichtig, dass die Leistungsziele vom Gemeinderat erfüllbar sind und erfüllt werden. Allerdings ist sie mit der Motion wie auch mit der Antwort des Gemeinderats nicht ganz glücklich. Die Abweichung vom vorgegebenen Leistungsziel beträgt 2,8 Prozent. 2,8 Prozent von 11 Franken sind 31 Rappen. Es leuchtet ihm nicht ganz ein, weshalb der Gemeinderat argumentiert, dass die Elternbeiträge um einen ganzen Franken von 11 Franken auf 10 Franken gesenkt werden müssten, um das Leistungsziel zu erreichen. Eine Senkung um 31 Rappen würde streng genommen reichen. Wie vom Gemeinderat ausgeführt, wäre eine allfällige Senkung der Elternbeiträge bei der schulischen Betreuung mit einem grossen administrativen Aufwand verbunden, der auch Anpassungen bei weiteren Tarifordnungen nach sich ziehen würde. Weitaus einfacher und sinnvoller scheint der FDP, die Definition der Leistungsziele bezüglich Referenzgemeinden anzupassen. Das liegt in der Kompetenz des Gemeinderats und diese Massnahme soll ja vollzogen werden. Die Motion resp. das Postulat wäre somit erfüllt und gegenstandslos. Ganz allgemein ist es die Aufgabe der Verwaltung, die vom Gemeinderat vorgegebenen Leistungsziele zu erfüllen. Der Einwohnerrat ist weder für die Zielsetzung noch für die Zielerreichung der Leistungsziele verantwortlich. Die Fraktion der FDP sieht keinen Bedarf, die Motion resp. das Postulat zu überweisen.

Gaida Löhr, SP erläutert, Thomas Häfele habe ihr das Zitieren des FDP-Wahlprospekts erspart. Karin Glaser erwähnte, es sei eine gute Gelegenheit für eine Standortbestimmung. Diese Meinung teilt die SP. Ihr ist es wichtig, dass die Kinder am Mittagstisch gut und von qualifiziertem Personal betreut werden. Nach 4 Stunden Unterricht brauchen sie nicht nur ein Mittagessen, sondern noch viel anderes. Daher ist ihre Fraktion klar der Meinung, dass es auf Seiten der Betreuung nicht billiger werden dürfe. Der Mittagstisch ist ein Erfolgsmodell in Binningen. Die Politik wurde von der Nachfrage überrannt. Im Übrigen hat der Einwohnerrat das Postulat der Votantin «Mittagstisch für alle» überwiesen. Das Parlament möchte dies. Gute Betreuung heisst, dass die Kinder knapp 25 Franken pro Mittagessen mit Betreuung bezahlen. Wenn man zwei Kinder hat, sind es 50 Franken. Die Rednerin findet, die Referenzgemeinden seien gut und schön. Man könne sich die aussuchen, die einem passen oder auch nicht. Wenn man den Blick ins Ausland wirft, stellt man fest, dass es in vielen Ländern Tagesschulen gibt. Dort gehört das Mittagessen schlichtweg zum kostenlosen Bildungsangebot. Das wollte sie hier nicht fordern. Man hat den klassischen Schweizer Kompromiss. Es handelt sich um ein ausserschulisches Betreuungsangebot in der Schule. Das ist etwas seltsam.

Die Votantin möchte eine zweite Zahl zum Vergleich anführen und die ist relativ aktuell. Es gibt einen Entscheid, dass ein fünftägiges Schullager für die Eltern nicht mehr als 80 Franken kosten darf. Das heisst eine 24 Stunden-Betreuung kostet die Eltern 16 Franken pro Tag, weniger als ein Mittagstisch. Dort sind aber ein Frühstück, ein Mittagessen und ein Nachtessen inkludiert. Es war ein Entscheid, dass die Lager zum obligatorischen Unterricht gehören sollen und die Eltern aus diesem Grund nicht zu stark belasten dürfen. Ihrer Ansicht nach würde es Sinn machen, noch einmal über die Bücher zu gehen. Wer zuverdiert, 50 Franken für zwei Kinder bezahlen muss und zudem Steuern zahlt – das bringt der Gemeinde ja Geld in die Kasse –, der muss sich überlegen, ob sich das noch lohnt. Die Votantin kennt Frauen, die sich das sehr wohl überlegen und nicht arbeiten, da sie finden, am Schluss haben sie keinen Verdienst. Ihrer Meinung nach sollte man das Postulat aus diesem Grund überweisen und den Gemeinderat bitten, nochmals zu prüfen und zu berichten, ob das Finanzierungsmodell des Mittagstischs wirklich so perfekt ist. Es gibt Gemeinden, bei denen der Mittagstisch günstiger ist und die wahrscheinlich etwas mehr zuschiessen. Sie würde es sehr begrüssen, wenn sich Binningen etwas grosszügiger zeigen würde.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erklärt, es sei im Moment so, dass die 11 Franken im Bereich des Mittagstischs aber auch im Frühbereich gelten. Wenn man anfängt, an diesem Betrag zu schrauben, müssen beide Bereiche angeschaut werden. Beim Mittagstisch heisst das, dass die Gemeinde Binningen mehr an die Beiträge bezahlen muss, sodass die Eltern weniger zahlen. Im Frühbereich ist es umgekehrt. Dort müssten die Institutionen eigentlich mehr für die Leistung erhalten und die Eltern weniger bezah-

len. Es gibt dort auch eine Schere, die auseinander geht, aber in die andere Richtung läuft. Der zuständige Gemeinderat war am Samstag in Zürich. Dort ist die Quote der Mittagstische bei 70 Prozent. Es gibt einen Mensabetrieb und wahrscheinlich keine wahnsinnige Betreuung mehr. Die Qualität ist in diesem Fall eine ganz andere. In Binningen ist man beim Mittagstisch bei einer Quote zwischen 30 und 40 Prozent. Die Quote geht weiter hoch und man muss schauen, wie die Qualität gehalten werden kann. Der Einwohnerrat entscheidet, ob dies weiter geprüft werden soll oder nicht.

Sven Inäbnit, FDP richtet sein Votum an die Adresse der CVP. Er ist etwas erstaunt. Es liegt eine Motion vor, die vom Gemeinderat beantwortet wurde. Es geht um die Referenzgemeinden. Der Gemeinderat zeigt klar auf, dass sich Binningen im Referenzband befindet. Die CVP möchte den Vorstoss nun schwups in ein Postulat umwandeln und eine Grundsatzkostendiskussion führen. Das geht so nicht. Es gab ein berechtigtes Anliegen, zu prüfen, ob die Gemeinde noch im Referenzband liegt. Dort ist man. Binningen ist demnach vergleichbar mit anderen Gemeinden. Wenn man jetzt aus dem Postulat oder der Motion etwas konstruiert, damit grundsätzlich über Kostensenkungen debattieren werden kann, dann ist das schlichtweg falsch. Dafür braucht es ein neues Postulat, in welchem dies zum Tragen kommt. Der Redner findet es auch seltsam, dass die Grünen das unterstützen. Es sind zwei Sachen, die hier vermisch werden. Es wäre logisch gewesen, zu sagen, das Postulat oder die Motion ist in diesem Sinn erfüllt und kann abgeschrieben werden. Der Votant vergleicht es damit, dass eine Motion zu einem Verkehrsthema über Autos einreicht wird. Weil man es im Rat nicht durchbringt, gibt man dem Gemeinderat das Thema, etwas über Fahrräder zu studieren oder so. Er bittet die CVP, den Vorstoss nicht als Postulat weiter aufrecht zu erhalten. Die FDP kann der Überweisung so sicher nicht zustimmen.

Gaida Löhr, SP entgegnet, vielleicht habe Sven Inäbnit einfach nicht die gleiche Motion wie sie vor sich liegen. Bei ihr heisst es: «Der Gemeinderat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, um den Elternbeitrag für den Mittagstisch und die Nachmittagsbetreuung zu senken [...]». Anschliessend kommt der Vergleich. Im Absatz weiter oben steht ebenfalls etwas über die Senkung der Beiträge. Es ist also nicht schwuppdwupp und plötzlich handelt es sich um etwas ganz anderes. Es geht genau um das, was in der Motion formuliert wurde. Das einzige Seltsame ist, dass der Gemeinderat meinte, die Referenzgemeinden einfach ausdehnen zu können und dann sei das Ganze vom Tisch. Dass man nur den Vergleich möchte, wäre eine Entscheidung, denn man hier fällen könnte. Im Postulat steht auch die Idee einer Senkung und darüber muss abgestimmt werden – ohne schwuppdwupp.

Andrea Alt, CVP schliesst sich ihrer Vorrednerin an. In der Motion war klar, dass man die Kosten senken wollte. Wenn man die Referenzgemeinden anschaut, dann liegt Binningen bei 11 Franken pro Stunde, Bottmingen bei 10 Franken und Reinach bei 9,50 Franken. Bei den neu hinzugekommenen Referenzgemeinden liegt Therwil bei 11 Franken, Oberwil und Ettingen bei je 10 Franken pro Stunde. Man fand eine Gemeinde, nämlich Therwil, bei der der Betrag gleich hoch ist. Bei den anderen Gemeinden sind die Beträge tiefer. Die CVP findet, dies gebe ihr immer noch das Recht, den Gemeinderat zu bitten, dies zu prüfen und anzuschauen, weshalb so viele Gemeinden mit ihrem Betrag deutlich darunter liegen.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP äussert, die Gemeinde Binningen habe eine Vorreiterrolle bei dieser Lösung gehabt. Das Angebot entspricht einem Bedürfnis der Bevölkerung und ist eine Erfolgsgeschichte. Mittlerweile kamen weitere Gemeinden hinzu. Die Anwesenden, die in den Budget- und Rechnungsberichten geschichtlich etwas zurückblättern, sehen, dass man am Anfang suchen musste, um überhaupt Referenzgemeinden für einen Vergleich zu finden. Es war ein Fehler des Gemeinderats, dass er die Auswahl nicht selbst anhand der Entwicklung ergänzt hat. Selbstverständlich ist es ein stetiges Thema, immer einen Augenmerk auf mögliche Optimierungen und Verbesserungen zu haben. Die Tücken von Vergleichszahlen sind – er vermutet, das müsse er den Einwohnerräten, die in der GRPK sind, nicht weiter erklären –, wenn man nur den Frankenbetrag nimmt und darüber entscheidet, ob etwas zu günstig oder zu teuer ist, ist dies nur ein Teil der Wahrheit. Man muss immer berücksichtigen, welche Überlegung, welches System und welche Kalkulation dahinter stehen. Der Votant findet es in Ordnung, wenn man das Thema anschauen möchte. Man muss aber auch sehen, wovon man hier spricht und was

es schlussendlich ausmacht. Wenn die Gemeinde mit ihrem System und der geprüften Qualität im Referenzbereich liegt, fragt er sich, ob der Aufwand, alles auf dem Kopf zu stellen, weil man das Gefühl hat, Binningen sei zu teuer, in der Verhältnismässigkeit steht. Man kann das gerne z.B. im Rahmen der GRPK vertieft anschauen. Die Kommission hat diese Möglichkeit. Dass man daraus nun ein grosses Geschäft macht und in den Raum stellt, Binningen müsse die Preise senken, weil man zu teuer sei, scheint dem Votanten mit der grossen Kelle angerichtet.

Philippe Spitz, SP ist erstaunt, dass der Sprecher der FDP in die Schachtel der formaljuristischen Winkelzüge greift und wie in einem juristischen Seminar argumentiert. Dies notabene in der Kommunalpolitik und als Sprecher einer Partei, die sich bezahlbare Angebote in der Familien- und Kinderpolitik auf die Fahne schreibt. Um bezahlbare Angebote geht es hier. Die SP wäre daher froh, wenn sie den einen oder anderen aus der Fraktion der FDP für den Vorstoss gewinnen könnte.

Karin Müller, SP informiert, so viel sie wisse, sei das Angebot der Mittagstische eine Pflicht. Die Gemeinden müssen dies tun. Damit gehört das Angebot für sie zu den obligatorischen Schulveranstaltungen. Wenn jemand «schwuppdwupp» gemacht hat, dann ist es der Gemeinderat, der schnell die anderen Gemeinden hervor gezaubert hat, um den Referenzrahmen zu vergrössern.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 12 JA, 18 NEIN, 6 Enthaltungen (Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: Die Motionärin wandelt ihre Motion in ein Postulat um. Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Beantwortung der Anfrage

Anfrage U. Brunner, SVP: Platzmangel in der Gemeindeverwaltung

Nr. 107

1. *Liegt dieser Entscheid allein in der Kompetenz des Gemeinderates?*

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP beantwortet diese Frage mit Ja.

2. *Wie hoch sind die Umbaukosten?*

Die Kosten des Minimalausbaus für die 11 Arbeitsplätze betragen 98 500 Franken.

3. *Wie hoch sind die Mietkosten?*

Die monatlichen Kosten betragen 6040 Franken. Dies entspricht einem Quadratmeterpreis von 186 Franken.

4. *Waren diese Kosten budgetiert? Wenn ja, wie hoch?*

Die Kosten waren nicht budgetiert. Die Gemeinde musste kurzfristig reagieren. Das Angebot kam auch unterjährig auf den Gemeinderat zu.

5. *Gemäss Gemeinderat können dadurch «andere und teure Zwischenlösungen vermieden werden». Was für «Zwischenlösungen» sind gemeint?*

Es geht um die Auslagerung von Bereichen aus der Gemeindeverwaltung in andere Liegenschaften. Der Gemeinderat hat sich über längere Zeit verschiedene Möglichkeiten in Binningen angeschaut. Er hat sich

beim Dorenbach-Center beworben und führte dort lange Verhandlungen. Man hat sich aber beispielsweise auch die Liegenschaft, in welcher früher der Denner beheimatet war und nun ein Fitnesscenter erbaut wurde, angeschaut. Zudem wurden bei Liegenschaften, die in Binningen zum Verkauf standen, mit den Verkäufern diskutiert und die Möglichkeiten angeschaut. Die Quadratmeterpreise für Räumlichkeiten in Binningen sind verhältnismässig hoch. Das geht bis zu 350 resp. 400 Franken pro Quadratmeter hoch, je nach dem um was für ein Bauwerk es sich handelt. Auf der anderen Seite steht auch die Überlegung im Raum, ob die Räumlichkeiten in der bestehenden Verwaltung erweitert werden können. Es wäre theoretisch möglich, das Dachgeschoss zu sanieren. Man könnte sogar einen Teilausbau vornehmen. Gleichzeitig könnte dort, wo heute die Bauabteilung steht, etwas Neues mit mehreren Stockwerken gemacht werden.

Diese Optionen wären aber sehr kostspielig. Sie würden Investitionen auslösen, die sehr lange in den Büchern stehen würden und entsprechend wieder abgeschrieben werden müssten. Auf der anderen Seite ist der Gemeinderat der Auffassung, dass sich mittel- bis langfristig nicht nur in der Geschäftswelt sondern auch auf der Verwaltung die Anforderungen an den Arbeitsplatz verändern werden. Mit der ganzen Digitalisierung und den neuen Ausrichtungen werden mittel- bis langfristig Veränderungen auf die Gemeinde zukommen. Man ist daher eher zurückhaltend, nun im grossen Stil Bauprojekte zu lancieren, bei denen man etwas Grösseres machen würde. Mit der angebotenen Lösung hat sich eine sehr einfache Handhabung gezeigt. Insbesondere die unmittelbare Nähe ist toll. So werden keine grossen Wege notwendig sein.

6. Was passiert mit den Räumlichkeiten der Schulleitung und dem Ressort Bildung in der Gemeindeverwaltung?

Die Räumlichkeiten in der Gemeindeverwaltung werden weiterhin für interne Zwecke genutzt. Es gibt zurzeit ein Unterangebot an Arbeitsplätzen und auf der anderen Seite kommen immer wieder neue Arbeitsplätze dazu. Der Votant denkt dabei an die zusätzlichen Arbeitsplätze im Bereich Bildung resp. Schule, die in den letzten Jahren geschaffen werden mussten. Zudem mussten mittlerweile Büros umfunktioniert werden, sodass man sie sowohl als Arbeitsplatz wie auch als Sitzungszimmer nutzen kann. Die Gemeindeverwaltung bricht aus allen Nöten. Daher werden auch die Räumlichkeiten im Dachstock weiterhin als Arbeitsplätze genutzt und darüber ist man auch froh.

Traktandum 7

Diversa

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP schliesst die Sitzung um 21.30 Uhr. Die nächste ordentliche Sitzung findet am 5. November 2018, 19.30 Uhr, statt. Der Votant wünscht allen einen schönen Abend und einen guten Heimweg.

ER-Sitzung vom 24. September 2018

* entschuldigt			Gesch. Nr. 105	Gesch. Nr. 72			Gesch. Nr. 90	Gesch. Nr. 96
** verspätet			01	02	03	04	05	06
Nr.	Name	Fraktion	Investitionsausgabe Abwasserdüker Goren matt	Ausmehren Verkehrsgutachten: Antrag BPK (JA) vs. SP-Antrag (NEIN)	Auftragsformu- lierung für Projektwettbewerb	Verkehrsgutachten von Planungsteams verlangen	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat
1	Bänziger	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
2 *	Büschlen	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
3	Eichenberger	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
4	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
5	Jagtap	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
6	Abt	SP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
7 *	Appenzeller	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
8	Benthaus	SP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
9	Büchelin	SP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
10	Löhr	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
11	Macina	SP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
12	Müller	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja
13	Schellenberg	SP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
14	Spitz	SP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
15	Strondl	SP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
16 **	Tribolet	SP	Not voted	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
17	Alt	CVP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
18	Bräutigam	CVP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
20	Heim	CVP	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung
21	Götz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
22	Häfele	FDP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Nein
23	Heiz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
24	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
25	Karoussos	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
26	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
27	Merian	FDP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
28 *	Meyer	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
29	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
30 **	Schinzel	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Ja	Nein
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
32	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
33	Blaser	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
TOTAL								
Ja			34	21	36	22	37	12
Nein			0	11	0	2	0	18
Enthaltungen			0	4	0	12	0	6
			34	36	36	36	37	36